



Gewerkschaft der Polizei

Bundesvorstand
<http://www.gdp.de>

Berlin, 3. August 2005

Berliner Appell der GdP

Terrorbekämpfung statt Wahlkampfgetöse

Die GdP wirft den politisch Verantwortlichen eklatante Handlungsdefizite vor: Trotz aller Gefahr, es geschieht nichts Wesentliches.

Obwohl sich verantwortliche Innenpolitiker einig über die bedrohliche Sicherheitslage in Deutschland sind, wird in erster Linie wahltaktisch geredet, statt sicherheitsrelevant gehandelt. Bundesinnenminister Otto Schily sagt: „Auch Deutschland ist vom islamistischen Terrorismus bedroht.“ Bayerns Innenminister Günther Beckstein ergänzt: „Deutschland befindet sich in ‚ähnlicher Gefahr‘ wie die USA, Großbritannien, Italien oder Israel. Wir müssen uns auf Terror einstellen auch mit atomaren, biologischen oder chemischen Waffen.“

Eindringlich fordert die GdP folgende unverzichtbare Instrumente zur Terrorismusbekämpfung:

- die Wiedereinführung der Kronzeugenregelung,
- die Einrichtung einer praxisgerechten „Anti-Terror-Datei“,
- eine gesetzliche Regelung zur Aufbewahrung von Telekommunikationsverbindungsdaten,
- eine neue gesetzliche Regelung zum Europäischen Haftbefehl,
- eine neue praxisgerechte Ausgestaltung der Wohnraumüberwachung,
- eine verbesserte technische Ausstattung, insbesondere die schnellstmögliche Einführung des Digitalfunks,
- die Ausweitung des genetischen Fingerabdrucks (Standardmaßnahme der ED-Behandlung),
- die Harmonisierung der Polizeigesetze, insbesondere im Bereich der verdeckten Ermittlungen,
- die Verbesserung der Zusammenarbeit und Koordination auf europäischer Ebene (Harmonisierung der Datenschutzregelungen, gemeinsame Datenbanken).
- eine sofortige Beendigung der Personalkürzungsmaßnahmen, bzw. die entsprechende personelle Verstärkung der Polizeien in den Bundesländern.

Vor dem Hintergrund dieser vielfältigen Problemstellungen und den erforderlichen Maßnahmen ist es unverantwortlich und eine Täuschung der Öffentlichkeit, wenn in vielen Bundesländern bei der Polizei drastisch gekürzt wird, statt die Polizei personell und technisch optimal auszustatten, damit sie ihrem Sicherheitsauftrag gerecht werden kann. Genauso unverantwortlich ist der Vorschlag, die Bundeswehr im Innern als Ausgleich für die personellen Defizite bei der Polizei einzusetzen.

Die GdP fordert die Politiker mit Nachdruck auf, ihrer Verantwortung gegenüber den Bürgern beim Schutz vor Terroranschlägen gerecht zu werden.